

Klaus Wettig

Welche Tradition, welche Geschichte?

Zu zwei Reden von Gesine Löttsch

Wer möchte schon ein Haus ausbauen, wenn er bei Prüfung der Pläne feststellt, dass die Konstruktion voller Mängel ist, ja sogar die gelegten Fundamente bröckelig sind. Gesine Löttsch, die Vorsitzende der Partei Die Linke, unternahm den Versuch, aus historischen Reminiszzenzen und alten Positionen dem Selbstbewusstsein ihrer Partei auf die Sprünge zu helfen. Doch genau betrachtet leidet Die Linke unter einem Traditionsdilemma.

Es ist nichts dagegen zu sagen, dass *Die Linke* ihre Geschichte selbstbewusster diskutieren will. Methodisch streng müssen wir freilich fragen: Welche Geschichte? Die Geschichte von der Partei *Die Linke* ist sehr kurz, sodass Gesine Löttsch nur die Geschichte der Vorläuferparteien/Vorläuferorganisationen meinen kann, die in *Die Linke* einmünden und deren Geschichte als politisches Erbe beansprucht wird. Tatsächlich heißt das ja wohl, dass *Die Linke* sich in der Tradition der historischen Spaltung der SPD in MSPD und USPD sieht, dass sie die KPD der Weimarer Republik als ihre Ahnin betrachtet, wozu auch Bolschewisierung und Stalinisierung der KPD gehören. Und sie schlägt das SED-Erbe nicht aus. Es ist richtig, dass *Die Linke* zahlreiche Erbstücke der SED-Tradition nicht übernommen hat, aber nach wie vor pflegt sie Ladenhüter, indem sie die Vorstellung nicht aufgibt, in der DDR habe es einen ersten Sozialismusversuch auf deutschem Boden gegeben, so jedenfalls Gesine Löttsch. »Einspruch! Frau Löttsch«, können wir nur rufen, denn dass das politische System der DDR etwas mit der Verwirklichung des politischen Programms des Sozialismus zu tun hatte, ist von westlichen Sozialisten immer bestritten, die DDR-Politik als Entartung bezeichnet worden. Für jede weiterführende Diskussion unter Sozialisten wäre


Klaus Wettig

(* 1940) war von 1979 bis 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, arbeitet seitdem als Verleger, Kulturmanager und Autor. Geschäftsführer des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.

info@klaus-wettig.de

es hilfreich, wenn *Die Linke* die Pflege von Antiquitäten aufgeben und eine ernüchternde Bilanz des DDR-Systems ziehen würde. Das Ergebnis hieße ganz sicher: Wir arbeiten nicht für einen *zweiten* Sozialismusversuch, sondern immer noch wird ein *erster* Versuch angestrebt. Korrekterweise auf einen europäischen Rahmen bezogen. Wenn die Politik von *Die Linke* sich nicht in Nostalgien und Halbheiten verlaufen will, wird sie deshalb die schmerzhafteste Analyse des Gesamtsystems DDR liefern müssen.

Nun gehört zu *Die Linke* auch ein Westteil, ohne den sie eine nicht unwichtige, aber doch auf die Ex-DDR beschränkte Regionalpartei wäre. Wie hält sie es mit der dort mitgelieferten Geschichte? Klar definierbar ist die Strömung, die aus der SPD kommend 2004 die WASG mitgegründet hat, für die der Politiker Oskar Lafontaine steht. Wie jede/r Kenner/in der jüngeren SPD-Geschichte weiß, ist dieses Erbe nicht völlig eindeutig, es stecken Widersprüche

darin, wie sie bei großen Parteien unvermeidbar sind. Wer darüber hinweg sieht, stolpert über die politischen Traditionen, die aus dem bunten Strauß der linkssozialistischen und kommunistischen Grüppchen vermittelt durch die WASG in *Die Linke* eingegangen sind. Daraus eine gemeinsame Tradition zu entwickeln, dürfte nicht leicht fallen: Zu disparat waren die politischen Vorstellungen und Personen, die sich heute im Westteil von *Die Linke* zusammen finden. Zu marginal, zu sektenhaft war ihre Bedeutung in der alten Bundesrepublik, wo sie nie zu einer ernstzunehmenden Wahlformation zusammenfanden. Auch der von einigen Politikwissenschaftlern unternommene Versuch, den Zusammenhang einer gemeinsamen Linksopposition in der Ära Adenauer zu konstruieren, führt in die Irre. Es gab diese Linksopposition, doch sie war zersplittert, ohne gemeinsames Programm – führunglos, wirkungslos. Nur in der SPD und ab 1968 mit Einfluss auf deren Politik war sie ein politischer Faktor. Diesen Flügel der SPD hat Lafontaine nicht mitgenommen, er ist in der SPD geblieben, also kann sich *Die Linke* auch nicht als Hüterin dieser Tradition aufführen. Übrig bleibt ein Traditions-Dilemma: im Westen nichts, worauf *Die Linke* aufbauen könnte und im Osten die DDR-Antiquitäten, die für eine Neuausstattung weitgehend nicht taugen.

Nun bietet uns Gesine Löttsch in ihrem Beitrag in der Tageszeitung *Junge Welt* am 30.6.2010, der ihr Referat auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2010 dokumentierte, auch eine Auseinandersetzung mit dem Begriff des Unrechtsstaates an, den sie für die untergegangene DDR nicht gelten lassen will. Zuzustimmen ist ihr, dass der Begriff Unrechtsstaat wenig aussagt, allenfalls als Kampfbegriff begrenzt tauglich ist, deshalb wurden die von Gesine Löttsch gestellten Fragen von sachkundigen Dritten auch unzutreffend beantwortet. Eine konstruiert gestellte Frage führt eben zur Antwort »Nein«, aber jenseits solcher Rabulistik – früher als typisch

kommunistisch bezeichnet – hätte die Frage »War die DDR ein Rechtsstaat?« andere Antworten geliefert.

Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, dass die DDR kein Rechtsstaat war, und es lassen sich millionenfach Verletzungen des Rechtsstaats beweisen, die die gesamte Geschichte der DDR bestimmt haben – von Anfang 1949 bis zu ihrem Untergang 1990.

Verteidigung von Antidemokraten

Will Gesine Löttsch in Abrede stellen, dass zentrale Grundrechte in der DDR eingeschränkt oder sogar beseitigt waren, also die Verfassung der DDR ausgehebelt war? Wie ging der Staat mit der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit um? Konnte man Parteien außerhalb des Systems der Blockparteien frei gründen oder eine Konkurrenzgewerkschaft zum FDGB? Wie war das mit der Wissenschaftsfreiheit und der Kunstfreiheit? Nachgelassen hat im Laufe der DDR-Geschichte die Verfolgungsintensität: Ein Rudolf Bahro wäre in den ersten Jahren der DDR für lange Zeit in Haft gehalten worden, Ende der 70er Jahre ließ man ihn nach einiger Zeit ausreisen. Verloren in der Frühzeit der DDR oppositionelle Künstler ihre Beschäftigung, ihre Arbeitsmöglichkeiten, durften sie nicht ausstellen, nicht veröffentlichen, erlaubte man ihnen in der Endphase die Ausreise oder drängte sie dazu. Wer blieb, wurde isoliert, gepflegt wurde der schöne Schein der Toleranz.

Ihrem Referat bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, das von beachtlicher Verweigerung vor Realitäten und fehlender Bereitschaft zur Analyse des Untergangs der DDR zeugt, fügte Gesine Löttsch 2011 ein weiteres Bekenntnis hinzu, diesmal zu einer Rosa-Luxemburg-Konferenz, dem jährlichen Ritual Anfang Januar, um die Erinnerung an die 1919 ermordeten KPD-

Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu pflügen. Dieses Referat hat ein breites negatives Echo gefunden, dem wenig hinzuzufügen ist, allein die historischen Teile erfordern eine ergänzende Korrektur.

Eine sentimentale Erinnerung an den brutalen Mord machte Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu Kultfiguren, sie übersieht, dass beider Politik antidemokratisch und antiparlamentarisch war, dass ihre Beteiligung am Spartakusaufstand eine Vielzahl von kommunistischen Putschversuchen auslöste, die die Anfangsphase der Weimarer Republik destabilisierte. Das Erstarken der Antirepublikaner, der Einflusszuwachs der rechten Reichswehr, die als Ordnungsmacht gegen den Putschismus benötigt wurde, war das Ergebnis dieser Politik.

Dass Rosa Luxemburg eine Republik nach dem Muster der Weimarer Reichsverfassung ablehnte, darüber kann auch ihre Kritik am Leninismus nicht hinweg täuschen. Die »Freiheit der Andersdenkenden«, für die sie gegenüber Lenin eintrat, war ganz sicher nicht als Freiheitszusage an andere politische Kräfte in einer pluralen Demokratie gemeint. Rosa Luxemburg dachte an Pluralität in der sozialistischen Bewegung, was ihrer Lebenserfahrung entsprang, wovon sie als politische Außenseiterin in der deutschen Sozialdemokratie profitiert hatte. Diese zentrale politische Erfahrung ließ sie Lenins Modell einer diktatorischen Partei ablehnen.

Historische Blindheit

Nur mit Kopfschütteln kann man Gesine Lötzschs Bemerkungen zur Novemberrevolution 1918 lesen. Ein wenig mehr als die Schulungskurse der SED oder Walter Ulbrichts *Geschichte der Arbeiterbewegung* darüber vermittelt haben, sollte von einer Parteivorsitzenden schon erwartet werden. Von einem Verrat der SPD-Führer an der

Novemberrevolution zu sprechen und Rosa Luxemburg eine positive Rolle zuzuweisen, zeugt von Blindheit gegenüber dem Ablauf der Novemberrevolution und den ihr innewohnenden Chancen. Es kann nicht bestritten werden, dass die Novemberrevolution größere Chancen zur Umgestaltung des Deutschen Reichs geboten hätte. Aber die eine revolutionäre Umgestaltung des besiegten Deutschen Reichs eingrenzenden Faktoren waren unübersehbar und bestimmten das Handeln der Revolutionsregierung. Es bleibt eine illusionäre Vorstellung, dass die Siegermächte ein revolutionäres Deutschland akzeptiert hätten, und die Demobilisierung des intakten Feldheeres in einem revolutionären Umfeld wäre ein Risikofaktor unkalkulierbaren Ausmaßes gewesen. Das Handeln der von Friedrich Ebert geleiteten Revolutionsregierung und der nachfolgenden Reichsregierung der ersten Weimarer Jahre war zaghaft, fehlerhaft, zu vertrauensselig gegenüber den alten Kräften, doch eine umfassende Alternative, wie sie die linksradikale Kritik seit fast 100 Jahren dazu vorträgt, existierte nicht. Schon gar nicht hatten Rosa Luxemburgs Vorstellungen eine Mehrheitschance, wie die Abstimmungen des Rätekongresses und die späteren Wahlen bewiesen haben. Wer Luxemburgs Vorstellungen durchsetzen wollte, musste zur Gewalt greifen, musste sich gegen das demokratische Prinzip wenden. An diesem Urteil ändert auch Luxemburgs Widerspruch gegen den Spartakusputsch nichts, wäre ihre Haltung gegenüber dem linksradikalen Putschismus konsequent geblieben, hätte ihr Widerspruch zur persönlichen Nichtbeteiligung am Aufstand führen müssen.

Urteile über die Vergangenheit kann man nicht verordnen, verlangen sollten wir jedoch von der Vorsitzenden einer Partei, die Teil des demokratischen Spektrums sein möchte, dass sie sich nicht zu einer Tradition bekennt, die antidemokratisch und antiparlamentarisch war.